

Neue Akzente statt Neubeginn

Heinz Timmermann

Der Beitrag von Jochen Franzke in *WeltTrends* Nr. 49 regt an, eigene Positionen zu überdenken oder umgekehrt weiter zuzuspitzen. Anders als der Autor meine ich: Die rot-grüne Koalition hat sich auf internationalem Felde weltweit Anerkennung erworben – durch politischen Ausgleich, durch wirtschaftliche Aktivitäten sowie bei ziviler Aufbauhilfe und militärischem Krisenmanagement. Wenn dabei von einem „selbstbewussten Deutschland“ die Rede ist, so scheint mir das nur logisch: Wieso sollen wir uns 60 Jahre nach Kriegsende und einer, wenn auch späten, kritischen Auseinandersetzung mit der Nazizeit hinter Großbritannien, Frankreich und anderen Nationen verstecken? Ganz offensichtlich findet dieses laut Franzke tendenziell ins Nationale zurückdriftende Selbstbewusstsein jedoch seine Grenzen in der grundsätzlichen Bereitschaft Deutschlands, auch in Zukunft die Ausarbeitung eines EU-Verfassungsvertrags mit seiner Stärkung supranationaler Elemente zu unterstützen.

Anti-amerikanisch oder Amerika-kritisch?

Wenig angemessen scheint mir auch die Charakterisierung US-kritischer Positionen von Rot-Grün als „Anti-Amerikanismus“. Merkwürdigerweise taucht das Irakdesaster als Symptom eines umfassenden Unilateralismus bei Franzke gar nicht auf, obwohl es in vielerlei Hinsicht auch das Verhältnis zu Russland und die Entwicklungen im Osten ganz allgemein beeinflusst. Grundsätzliches hat sich seit den Zeiten des Kalten Krieges im amerikanisch-deutschen Verhältnis geändert: Für die USA unter Bush Junior verkam internationale Zusammenarbeit zu einer fallweisen Ergänzung ihrer nationalen Politik, Deutschland dagegen setzt auf übernationale Modelle wie EU und UNO. Amerika sieht im Krieg – auch präemptiv – ein unverzichtbares Handlungsinstrument, Deutschland dagegen betrachtet ihn als *ultima ratio*. Und vielleicht am folgenschwersten: Anders als in dem säkularisierten Deutschland erleben wir in den USA die Renaissance eines weit in die Politik hineinwirkenden religiösen Fundamentalismus mit moralgetränktem Wahrheits- und Gültigkeitsanspruch.

All dies heißt gewiss nicht, die transatlantische Allianz in den Hintergrund zu rücken und „Achsen“ gegen den Bündnispartner USA zu schmieden (dieser von Franzke polemisch zitierte Begriff findet sich in keinem ein-

zigen Dokument von Rot-Grün). Vielmehr stellt sich die Aufgabe, zu pragmatischer Kooperation zurückzufinden, in der Auseinandersetzung mit autoritären und korrupten Regimen gerade auch in Osteuropa gemeinsamen Werten zum Durchbruch zu verhelfen sowie die Atlantische Allianz – wie erstmals von Schröder vorgeschlagen – wieder zum Ort offener politischer Diskussionen zu machen. Ganz offensichtlich gibt es hierfür in der zweiten Ägide Bush Jr. bessere Chancen als in der ersten.

Spannung zwischen Interessen und Werten

So ist von deutscher Seite im Verhältnis zu den USA weniger ein „Neubeginn“ gefragt als das Setzen neuer Akzente. Ähnliches gilt für die Beziehungen zu Russland, die Franzke zu Recht kritisch begleitet. Allerdings wäre es verfehlt, sie auf die höchste politische Ebene zu begrenzen: Das deutsch-russische Verhältnis ist hierzulande heute bei Eliten und Bevölkerung gekennzeichnet durch Versöhnung und mehrdimensionale Zusammenarbeit, aber auch durch Kritik an aktuellen autoritären Tendenzen. Eine eindrucksvolle Vielzahl bilateraler deutsch-russischer Gremien, Arbeitsgruppen, Foren und Organisationen hat sich entwickelt. Mit keinem anderen Land dürfte Russland heute unterhalb der diplomatischen Ebene so eng vernetzt sein wie mit Deutschland.

Nicht der Bilateralismus hat jedoch für Deutschland Vorrang: Tatsächlich sind die deutsch-russischen Beziehungen heute in ihrer Substanz fest in die EU-Russland-Beziehungen eingebunden. In diesem Rahmen freilich versteht und profiliert sich Deutschland als Impulsgeber und Motor – in weitgehendem Konsens übrigens unter allen im Bundestag vertretenen Parteien. Die gemeinsame Grundposition ist nicht zufällig, sondern bezieht ihre Impulse aus der Überzeugung: Aufgrund seiner Größe, seiner geographischen Nähe, seiner Energiere Ressourcen sowie seines Einflusses bei der Neugestaltung Europas ist Russland für Deutschland und die EU ein unentbehrlicher Partner. Hinzu kommt dessen notwendiges Mitwirken bei UN-gestütztem Krisenmanagement, gewaltfreien Lösungen im Großraum Naher und Mittlerer Osten, Bekämpfung des Terrorismus, Verhinderung illegaler Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Eindämmung „weicher“ Sicherheitsrisiken und ökologischer Gefahren. Deutschland war bei der Ausarbeitung der „Gemeinsamen Strategie der EU gegenüber Russland“ von 1999 ebenso führend beteiligt wie auf einer Reihe weiterer Kooperationsfelder – von der Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch Moskau, der im Ganzen positiven Regelung des Kaliningrad-Transits bis hin zur Einbeziehung der neuen EU-Mitglieder in das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA). Zugleich gibt die Partnerschaft Russland freilich nicht das Recht, auf mögliche spätere Erweiterungen der EU in Osteuropa und die weitere

Verfassungsdiskussion Einfluss zu nehmen, wie Schröder und Chirac gegenüber Putin klarstellten. Beide Aspekte haben mit strategischer Partnerschaft nichts zu tun und betreffen ausschließlich die EU-Mitglieder.

Probleme im Verhältnis Deutschland/EU zu Russland gibt es im Blick auf das Verhältnis von Interessen und Werten. Diese gilt es in Zukunft stärker zu thematisieren. Russlands Politik unter Putin ist weder ideologie- noch wertegeleitet, sondern orientiert sich an den von seiner Führung definierten nationalen Interessen. Zwar darf man, wie Kanzlerin Merkel zu Recht bemerkte, die eigenen Vorstellungen von Demokratie nicht schematisch auf Russland übertragen, sondern muss sich klarmachen, woher das Land kommt. Richtig ist aber auch: Das Pochen auf Erfüllung europäischer Prinzipien ist nicht mit einem Aufdrängen eigener europäischer Modelle gleichzusetzen, wie in Russland vielfach vermutet wird. Vielmehr kann die von Putin angestrebte Modernisierung nur dann gelingen, wenn sie umfassend angelegt ist und sich nicht auf die Übernahme einzelner technischer Standards und Normen beschränkt.

Und noch etwas: Folgt man der Theorie des demokratischen Friedens, so schlagen Rezentralisierung sowie autoritäre und nationalistische Trends in der russischen Innenpolitik auf die Außenpolitik des Landes und folglich auch auf die Deutschland/EU-Russland-Beziehungen durch. Daher dürfen kritische Stimmen aus der Gesellschaft heraus nicht als Stabilitätsrisiko denunziert, sondern müssen als unverzichtbare Stabilitätsfaktoren anerkannt werden.

Offene und stille Diplomatie gegenüber Russland

Vor diesem Hintergrund sollten Defizite und Fehlentwicklungen in den innenpolitischen Entwicklungen Russlands künftig deutlicher als bisher artikuliert werden. Hier hat die neue Kanzlerin ein positives Signal gesetzt: Anlässlich ihrer Moskau-Reise im Januar 2006 brachte sie kritische Punkte wie den Tschetschenienkonflikt, Demokratiedefizite sowie Einschränkungen für Bürger- und Menschenrechtsorganisationen offen zur Sprache. NGO-Vertretern bekundete sie allein dadurch Solidarität, dass sie sie zu einer substanziellen Aussprache empfing (was zwar auch Fischer praktiziert, Schröder jedoch vermieden hatte). Konstruktiv-kritische Neuakzentuierung wird die grundsätzliche Kontinuität partnerschaftlicher Beziehungen Deutschland-Russland kaum in Frage stellen. Dagegen sprechen allein schon die vielfachen, weit stärker als bei Rot-Grün ausgeprägten Querverbindungen und interessengeleiteten Interaktionen zwischen dem konservativen Lager und der stark russlandbezogenen Wirtschafts- und Finanzwelt.

Zugleich sollte auch in Zukunft nicht übersehen werden, dass Probleme und Fehlentwicklungen beim Partner im vertraulichen Gespräch gegent-

lich deutlicher und Erfolg versprechender thematisiert werden können als auf offener Bühne. Für diesen schwierigen Balanceakt gibt es einige bemerkenswerte Belege. Ein Beispiel bezieht sich auf Schröders Erfolg bei dem Bemühen, Anfang April 2004 gleichsam im letzten Moment die grundsätzliche Zustimmung Russlands zur Ausdehnung des PKA auf die zehn neuen Mitglieder zu erhalten. Am spektakulärsten und folgenreichsten jedoch war die Intervention deutscher Spitzenpolitiker im Ukraine-Konflikt. So wurde bekannt, dass Außenminister Fischer während der ukrainischen Staatskrise seinen zögernden EU-Kollegen Solana zur Intervention in Kiew ermunterte, wo dieser dem kompetent und überzeugend agierenden polnischen Präsidenten Kwasniewski (und dem litauischen Präsidenten Adamkus) wertvollen Rückhalt bei dessen letztlich erfolgreicher Vermittlungsaktion verschaffte. Schließlich erwähnt Franzke selbst, dass Schröder sein Vertrauensverhältnis zu Putin zweimal nutzte, um diesen in einer kritischen Situation zur Respektierung der Ergebnisse einer möglichen zweiten Stichwahl zu bewegen.

Das letzte Beispiel für positive Folgen „stillter Diplomatie“ bezieht sich auf den kontroversen Komplex der Erinnerungskultur. Im Kontext seiner vertraulichen Gespräche mit Schröder vom Mai 2005 charakterisierte der russische Präsident Stalin – meines Wissens erstmals in der Öffentlichkeit – als „Tyranen“ und „Verbrecher“. Putin weiter: „Die Geschichte soll man kennen und daraus die richtigen Lehren ziehen können. Eine daraus liegt auf der Hand: Eine Diktatur, Unterdrückung von Freiheit, führt den Staat und die Gesellschaft in die Sackgasse. Unkontrollierte Macht einer Person verführt zu deren Missbrauch, was dann in Verbrechen ausartet. In den Zeiten von Stalin gab es jede Menge davon – politische Repression, Deportationen ganzer Völker. Dies verdient eine grundsätzliche Verurteilung.“ Äußerungen wie diese bieten womöglich Gelegenheit, im Dreieck Deutschland-Polen-Russland sensitive und politisch virulente Aspekte der jeweils unterschiedlichen Erinnerungskulturen zur Sprache zu bringen und sich auf rationale Weise mit ihnen auseinander zu setzen.

Im Jahr 2007 läuft das 1997 in Kraft getretene PKA EU-Russland aus. Die neue deutsche Regierung hat die Chance, sich aktiv in die gerade begonnene Neugestaltung der zukünftigen Vertragsbeziehungen zu Russland einzuschalten und dabei ihre Vorstellungen einzubringen.

Neue Bewegung im Dreieck Deutschland-Russland-Polen

Fraglos hat Franzke Recht, wenn er darauf verweist, dass Deutschland über seine Russland-Beziehungen die EU-Mitglieder in Ostmitteleuropa und die „neuen Nachbarn“ Ukraine und Belarus nicht vernachlässigen darf. Das ist aus einer Reihe von Gründen keine leichte Aufgabe. Insbesondere Polen sucht die EU-Politik gegenüber Russland und den neuen Nachbarn stark zu

beeinflussen. So hatte Warschau bereits kurz vor seinem Beitritt ein viel beachtetes einschlägiges Dokument „Östliche Dimension“ in Umlauf gebracht. Kurz gesagt sind es drei Aspekte, die dabei in den Vordergrund rückten.

Erstens stehen den langen positiven Friedens- und Wohlstandserfahrungen im Westen die „Traumata und Erfahrungen derer gegenüber, für die der Kalte Krieg mit Fremdherrschaft und Diktatur einherging“ (Günter Verheugen). Die Ängste vor dem russischen „Imperialismus“ sind lebendiger Bestandteil der polnischen und baltischen Erinnerungskultur, die noch lange nachwirken werden. Positive Signale könnte eine deutsche Polenpolitik geben, die zu konzeptionellen Überlegungen das kontinuierliche Gespräch mit Warschau sucht, beispielsweise auf der Ebene der Außenamts-Planungsstäbe. Grossen Symbolwert hätte auch die Entscheidung, das geplante Vertriebenenzentrum nicht auf deutschem Boden in Berlin zu errichten (wie es Merkel befürwortet), sondern ihm einen europäischen Charakter zu geben (wofür Bundeskanzler Schröder eintrat).

Zweitens dringt gerade Polen auf eine Mitgliedsperspektive für die Ukraine und für ein demokratisches Belarus – eine Perspektive, der die EU-„Altmitglieder“ aus Furcht vor Überdehnung, aber auch aus Rücksicht auf russische Empfindlichkeiten eher zurückhaltend begegnen. Dennoch hat Deutschland, anders als Franzke schreibt, einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine keineswegs eine endgültige Absage erteilt, sondern die Frage offen gelassen. Ein solcher Schritt scheint jedoch verfrüht. Ohne dass die Ukraine dieses Fernziel aus den Augen verliert, scheint jetzt die rasche Implementierung konkreter Maßnahmen zur Stützung des Transformationsprozesses sinnvoller. Denn hiervon hängt ganz entscheidend ab, ob die friedliche Revolution in ein von den Menschen dauerhaft gestütztes demokratisches System mündet und sich als resistent gegenüber machtpolitisch motivierter äußerer Einflussnahme erweist. In diesem Kontext bietet sich eine engere deutsch-polnische Zusammenarbeit an bei der Umsetzung des „Aktionsplans plus“ von Anfang 2005, in dem die EU ausdrücklich „die europäischen Aspirationen der Ukraine anerkennt und ihre europäische Wahl begrüßt“.

Drittens schließlich äußerte sich Polen wiederholt besorgt über die Gestaltung der deutsch-russischen Verständigung, soweit sie – wie im Falle der Ostseepipeline – als exklusive Zweierbeziehung und als Missachtung polnischer Interessen wahrgenommen werden konnte. Hier ist nicht der Ort, Charakter und Ziele der umstrittenen Pipeline zu analysieren, zumal auch nach Beendigung des „Gaskriegs“ Russland-Ukraine viele Fragen offen bleiben. Wichtig für die deutsch-polnischen Beziehungen ist freilich, gerade auf einem so wichtigen Feld wie der Energiesicherheit Polen frühzeitig in die Planungen Deutschlands und der EU einzubeziehen.

Großeuropa in fließendem Zustand

Anders als zu Zeiten des Kalten Krieges mit seinen klaren Fronten befinden sich die Akteure seit der Wende auf je eigene Art in einem fließenden Zustand. Nach dem (vorläufigen?) Scheitern des Verfassungsvertrags lassen sich weder über den zukünftigen Charakter der EU zuverlässige Aussagen machen noch ist absehbar, ob es sich bei dem „System Putin“ um den traditionellen russischen Sonderweg handelt oder um einen letztlich auf europäische Werte bezogenen Umweg. Noch ungewisser ist die Zukunft der Ukraine und Weißrusslands in der „geopolitischen Zwischenzone“ zwischen EU und Russland. Bahnt sich hier ein Integrationskonflikt zwischen ihnen an? Oder wird die Realisierung der vier erwähnten gemeinsamen gesamt-europäischen Räume dem Problem dadurch die Schärfe nehmen, dass die Länder der „Zwischenzone“ in sie einbezogen werden und gleichsam eine Brücke zwischen EU und Russland bilden? Deutschland als einflussreiches EU-Mitglied sowie als in der Region respektierter und bisweilen sogar privilegiertester Akteur hat alle Chancen, entsprechend eigener Interessen und allgemeingültiger Werte zur Stabilisierung und Neugestaltung des europäischen Ostens beizutragen.



Dr. Heinz Timmermann, geb. 1938, Russlandexperte, ist externer Berater bei der Stiftung Wissenschaft und Politik Berlin. E-mail: timtam2@web.de.

Großmächtiges Deutschland

Wider die machtpolitische Resozialisierung der deutschen Außenpolitik. Ein Plädoyer von Gunther Hellmann für einen offensiven Idealismus.

Über zwanzig namhafte Wissenschaftler und Politiker aus Legislative und Exekutive diskutieren pointiert, scharf formuliert und umfassend in der Darstellung die neue Rolle Deutschlands in den internationalen Beziehungen.

- Großmächte, Halbstarke und selbstbeschränkter Realismus
- Wandel, Kontinuität und Realität deutscher Außenpolitik
- Gescheite Friedenspolitik statt Machtpolitik ohne Macht

Themenhefte 42 bis 45 – Bestellungen unter

www.welttrends.de